

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 22 (1946-1947)
Heft: 4

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1068916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER MONAT
BLICK AUF  *DIE SCHWEIZ*

Von Peter Dürrenmatt

In der letzten Zeit konnte man in politischen Auseinandersetzungen immer wieder das Wort vom Vertrauen hören. Dieses Wort wurde zwar nicht mehr gleichsam als ein Fanal verwendet, wie das in den «Staatskrisendiskussionen» vor ungefähr Jahresfrist der Fall gewesen ist. Dennoch muß gesagt sein, daß ein Vertrauensproblem in unserer Politik vorhanden ist. In den leidenschaftlichen Diskussionen über die Zukunft der Wehrpolitik ist beispielsweise mehr als einmal gesagt worden, das Vertrauen in die zuständigen Behörden werde durch diese Diskussionen untergraben. Oder, um ein anderes Beispiel zu wählen: hätten die eidgenössischen Räte in der Wintersession das Bundesbudget ganz oder teilweise an den Bundesrat zurückgewiesen, so wäre auch das als eine Geste des Mißtrauens gewertet worden.

Nach unserem Dafürhalten handelt es sich bei dieser Vertrauensempfindlichkeit, wie wir sie nennen möchten, um Symptome eines Zustandes, der tiefer geht als obenhin sichtbar wird. Man könnte sagen, es finde in dieser Vertrauensempfindlichkeit die Tatsache ihren Ausdruck, daß das politische Leben der heutigen Schweiz kompliziert geworden ist, die Einrichtungen und Organisationen den Menschen über den Kopf wachsen. Die Politik droht, ihre Unmittelbarkeit zu verlieren. Jeder neue Gedanke, jeder frische Impuls muß ein ganzes System von Schleusen passieren, bevor er aufgenommen wird.

Dazu etwas Zweites: In der «guten alten Zeit» war die Volksmehrheit im Nationalrat repräsentiert und dieser Träger der politischen Linie. Nicht der Proporz hat dieses einfache Mehrheitsprinzip

zerstört, sondern das in all seinen Bezirken differenziert gewordene Leben, dessen Vielfalt irgendeinen Ausdruck brauchte. Heute ist zwar das Zusammenspiel der Parteien, Gruppen und Verbände geregelt, was aber fehlt, ist der zusammenfassende Geist. Der Mann aus dem Volke vermißt die tragende Idee, die richtungweisende Linie; er glaubt sich dem Räderwerk der Routine ausgeliefert. Die Vollmachtenzeiten haben an diesem Unlustgefühl das ihre getan.

Woraus das andere entsteht, die Furcht der Behörden vor dem Nein in der Volksabstimmung. Staatspolitische Entschiede, die dringlich sind, die aber Opfer verlangen, werden nach Möglichkeit dem Volksentscheid entzogen, um sie vor dem Nein zu schützen. Die Verhandlungen um die Altersversicherung haben dazu manch nachdenklich stimmendes Beispiel geboten. Die Kluft zwischen offizieller und nicht offizieller Meinung hat jene Tendenzen gestärkt, die Vollmachten und ordentliches Recht wie Geschwister nebeneinander sehen möchten, während sie doch feindliche Brüder sein müßten. Die Angst vor dem Volksentscheid wirkt sich aber im Volke erst recht negativ aus.

Der Staatsbürger stellt immer dann die Frage nach dem Vertrauen, wenn für ihn der Staat anonym und unfaßbar zu werden droht. Staatsfeindlichkeit darf aber in einem Volksstaat kein Zustand sein! Daher muß es Ziel einer aufbauenden Politik von heute sein, der Vielzahl der einzelnen Staatsbürger das Gefühl, ja die Gewißheit zu geben, trotz aller Kompliziertheit könne der unmittelbare und lebendige Kontakt zwischen dem Volk und seinen Behörden erhalten bleiben!